

**Mehr Freiraum statt
mehr Verbote!**

Das braucht
Bottrop.

**Vorfahrt für
Arbeit!**

FDP

Die Liberalen

Inhalt

1.	Präambel	3
2.	Vorfahrt für Arbeit!	4
2.1	Willkommenskultur für Unternehmen	5
2.2	Attraktive Gewerbesteuersätze.....	6
2.3	Attraktive Gewerbeflächen entwickeln	6
2.4	Verkaufsoffene Sonntage erhalten.....	7
2.5	Potenziale nutzen.....	8
3.	Raus aus den Schulden.....	9
3.1	Generationengerechtigkeit.....	9
3.2	Privatisierung	11
3.3	Interkommunale Zusammenarbeit.....	12
4.	Bildung: Leistung statt Einheitsschule.....	13
4.1	Den Weg in die Einheitsschule stoppen	13
4.2	Bottroper Realschulen und Gymnasien retten.....	15
4.3	Eine Realschule für Kirchhellen.....	16
4.4	Janusz-Korczak-Sekundarschule?	16
4.5	Für uns zählt der Elternwille.....	16
4.6	Inklusion: Förderschulen erhalten.....	17
4.7	Schulgebäude sanieren.....	18
4.8	Hochschule	19
5.	L(i)ebenswertes Bottrop.....	19
5.1	Innenstadt	19
5.2	Verkehr	21
5.3	Umwelt	24
5.4	Integration.....	24
5.5	Vereinbarkeit von Familie und Beruf	25
5.6	Senioren	26
5.7	Kultur.....	27
5.8	Sport in Bottrop	28
6.	Ihre FDP Bottrop	28
6.1	Prinzipien einer liberalen Politik.....	28
6.2	Unsere Kandidaten für Sie	30
6.3	Machen Sie mit!	31

Präambel

Die Stadt Bottrop ist in den vergangenen Jahren zu einem der Schlusslichter der wirtschaftlichen Entwicklung in unserer Region und in ganz Deutschland geworden.

Im Städteranking ist unsere Stadt beim Pro-Kopf-Einkommen auf den letzten Platz zurückgefallen. Die Arbeitslosigkeit ist seit 2012 wieder um 4,5 Prozent gestiegen, während sie Deutschlandweit deutlich rückläufig war. Die Haushaltslage der Stadt ist trotz Teilnahme am Stärkungspakt Besorgnis erregend. Das ist die Bilanz, die SPD und CDU in Bottrop zu vertreten haben.

Es fehlen Konzepte zur Ansiedlung von Betrieben und Schaffung von Arbeitsplätzen. Das Ende der Subventionierung des Kohlebergbaus wird die Strukturschwäche weiter verschärfen.

Zur Bewältigung der Probleme setzen wir, die FDP Bottrop, auf die Kraft der individuellen Freiheit. Unsere Politik ist getragen von der Überzeugung, dass die Verantwortung des Einzelnen und die freiheitliche Initiative in der Gesellschaft die entscheidenden Triebfedern politischen Handelns sein müssen.

Solide kommunale Finanzen sind Voraussetzung für Wachstum. Mehr Wohlstand für alle kann nur im fairen, marktwirtschaftlichen Wettbewerb erreicht werden. Die Regelungsdichte in der Kommune muss überschaubar bleiben. Sozialleistungen müssen nach dem Grundsatz ‚Fördern und Fordern‘ vergeben werden. Dieses Prinzip gilt auch für Integration und Bildung. Gute Bildung ist eine Voraussetzung für Ausbildung und Beruf. Daher müssen unsere Schulen modern und leistungsorientiert sein.

Deshalb fordern wir:

- Vorfahrt für Arbeit!
- Raus aus den Schulden
- Erhalt der Realschulen
- Realschulbildung in Kirchhellen ermöglichen
- Wettbewerb statt Subventionen
- Erhalt aller verkaufsoffenen Sonntage

Das braucht
Bottrop.

- Fördern und Fordern
- Transparenz statt Kungelei
- Bürgerbeteiligung statt Bürokratie

Die Zukunft unserer Heimatstadt Bottrop werden wir nur positiv gestalten können, wenn wir liberal handeln: den Menschen vertrauen und ihnen Verantwortung für sich selbst und für unser Gemeinwesen geben.

Wir werden – wie bisher - keine Fundamentalopposition sein, sondern an sinnvollen Lösungen konstruktiv mitarbeiten. Wir bieten daher allen Parteien und Akteuren, die sich für mehr Arbeit, weniger Schulden, eine leistungsorientierte Bildungspolitik oder ein l(i)ebenswertes Bottrop, wie wir es nachstehend skizzieren, einsetzen wollen, unsere Zusammenarbeit in Sachfragen an, um gemeinsam unsere Stadt voranzubringen.

Ihre Bottroper Liberalen

Vorfahrt für Arbeit!

Wir wollen, dass Sie ihr Leben frei und selbstbestimmt leben können. Zu einem selbstbestimmten Leben gehört unter anderem auch, den eigenen Lebensunterhalt selbst erwirtschaften zu können, ohne auf die Unterstützung der Mitmenschen angewiesen zu sein. Wir wollen möglichst viele Menschen aus der Abhängigkeit der Sozialsysteme befreien und ihnen soziale Teilhabe ermöglichen. Dieses nachhaltige Hauptziel haben die anderen Parteien offenbar aus den Augen verloren.

Es kann nicht primär darum gehen, immer mehr Hilfe anzubieten. Stattdessen müssen wir die Beseitigung des Grundes für die Hilfsbedürftigkeit, nämlich die individuelle Notsituation, ins Zentrum der Politik stellen. Dazu brauchen wir vor allem mehr Arbeit. Arbeit ist die wichtigste Aufgabe in der Kommunalpolitik. Deshalb fordern wir: Vorfahrt für Arbeit!

Vorfahrt für Arbeit heißt, alle Handlungsabläufe und alle Akteure in der Stadt auf das Ziel auszurichten, mehr sozialversicherungspflicht-

tige Arbeitsplätze in Bottrop zu ermöglichen. Dabei sind natürlich auch weitere Ziele und Belange wie Umweltschutz und soziale Aspekte zu beachten. Die ganze Verwaltung muss darauf eingestellt werden, hier serviceorientiert zu unterstützen und Partner der Unternehmen zu sein.

2.1 Willkommenskultur für Unternehmen

Ein Unternehmer, der sich ansiedeln und damit Arbeit schaffen will, prüft vor einer so wichtigen Entscheidung die Rahmenbedingungen und das Investitionsklima in einer Stadt.

Gerade in Bottrop herrscht jedoch ein „Ungeist“, der allen, die hier etwas unternehmen und Arbeitsplätze schaffen wollen, zunächst böse Absichten unterstellt und Steine in den Weg legt. Mit allen Mitteln wird das Entstehen neuer Arbeitsplätze verhindert und blockiert. Zuletzt war dies an der Debatte um die Erweiterung des Geländes des Bottroper Autobauers Brabus mehr als deutlich sichtbar. Diesem „Ungeist“ stellen wir uns entgegen.



Wir brauchen in Bottrop stattdessen eine Willkommenskultur auch in der Wirtschaftspolitik. Nicht die Unternehmer müssen dankbar sein, nach Bottrop kommen zu dürfen, sondern wir müssen – angesichts der hohen Arbeitslosigkeit – froh sein über jedes Unternehmen, das sich in Bottrop engagiert. Wir müssen neue Unternehmensansiedlungen oder Erweiterungen bestehender Unternehmen

aktiv fördern anstatt sie zu verhindern. Der Unternehmer darf schon bei der Verwaltung nicht Bittsteller sein. Er muss als willkommener Kunde und Partner behandelt werden. Es darf nicht sein, wie in Bottrop geschehen, dass man drei Monate auf die Genehmigung einer Leuchtreklame warten muss, die in der Form im Übrigen exakt der vorherigen entspricht! Solche Verwaltungsabläufe schaffen keine Arbeit.

Stattdessen muss ein Investitionsklima geschaffen werden, das Bottrop für neue Unternehmen interessant macht. Die FDP fordert: Bottrop muss sich als mittelstandsfreundliche Kommune zertifizieren lassen.

Wir wollen eine leistungsorientierte Vergütung der Mitarbeiter und Leiter der Stadtverwaltung, die sich an der Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, der Lohnsumme und dem Gewerbesteueraufkommen in Bottrop bemisst.

2.2 Attraktive Gewerbesteuersätze

Zu einer aktiven Wirtschaftspolitik gehört eine der Situation angepasste Gewerbesteuer. Die Höhe des Gewerbesteueraufkommens bestimmt sich in erster Linie nämlich nicht über die Höhe des Hebesatzes, sondern über die Bemessungsgrundlage, also die Wirtschaftsleistung in Bottrop. Mit Spitzensteuersätzen werden wir in der Wirtschaftsleistung nicht Spitze werden.

2.3 Attraktive Gewerbeflächen entwickeln

Im Ruhrgebiet sind die Wege zwischen den Städten und Gemeinden kurz. Wir müssen verstehen, dass Bottrop sich im Wettbewerb zu allen anderen Städten dieser Region befindet. Dies gilt gerade auch bei der Ansiedlung neuer Unternehmen und damit der Schaffung neuer Arbeitsplätze. In anderen Städten werden Steuern zahlenden und Arbeit schaffenden Unternehmen neue Gewerbeflächen kostenlos oder kostengünstig zur Verfügung gestellt, während in Bottrop primär die Einnahme aus dem Verkauf von Gewerbeflächen in den Fokus gerückt wird. Dieses Vorgehen ist unter dem Strich aber ein Minusgeschäft, wenn dadurch Ansiedlungen verhindert werden.

Wenn sich Unternehmen in Bottrop ansiedeln wollen, müssen wir durch ein kluges aktives Flächenmanagement jederzeit attraktive Flächen bereithalten. Man darf nicht, wie in der letzten Ratsperiode geschehen, einen Unternehmer, der hier 80 Arbeitsplätze schaffen will, mehr als zwei Jahre auf eine qualifizierte Antwort der Verwaltung warten lassen. So verliert man Investitionen in Arbeit!

Die Entwicklung von Gewerbefläche muss sich dabei mehr an den Bedürfnissen der Unternehmen orientieren, z.B. im Zusammenhang mit der Fachhochschule, für den Energie- und den Gesundheitssektor sowie im Bereich Freizeitindustrie.

Das Thema Flugplatz Schwarze Heide und die Frage nach der angrenzenden Gewerbefläche muss mit kühlem Kopf betrachtet werden. In einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sind Kosten und Nutzen (z.B. Standortvorteil und Arbeitsplätze) abzuwägen. Eine reine betriebswirtschaftliche Betrachtung ist bei jeder Art von Infrastruktur unangebracht. Die FDP Bottrop fordert im Gegensatz zu allen anderen im Rat vertretenen Parteien seit mehr als einem Jahrzehnt die Privatisierung, will aber zunächst die Voraussetzungen dafür schaffen, dass dies auch gelingt. Schnellschüsse und Alleingänge ohne die anderen Städte/Gesellschafter können nicht nur das Ende der Flugplatzgesellschaft bedeuten, sondern auch Kosten produzieren, die unsere Stadt nicht tragen kann.

Es ist kein Zeichen politischer Weitsicht, die Flugplatzgesellschaft in die Insolvenz zu treiben und erst dann Investoren zu suchen.

2.4 Verkaufsoffene Sonntage erhalten

An der Frage, wie in unserer Stadt mit den verkaufsoffenen Sonntagen umgegangen wird, kann man erkennen, dass es noch ein weiter Weg ist, bis Arbeit Vorfahrt hat. Dabei ist die Lage unserer Innenstadt durchaus ernst, wie wir an den zahlreichen Leerständen sehen können. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unseres Karstadt-Hauses kämpfen für den Erhalt dieses für die Stadt so wichtigen Unternehmens. Da war der vollkommen unnötige Verzicht auf einen von vier umsatzstarken Sonntagen sicher nicht



hilfreich. Wir müssen den Geschäften in unserer Innenstadt viel mehr den Rücken stärken und Gelegenheiten schaffen, zusätzliche Umsätze generieren zu können, um Arbeit zu erhalten bzw. neue zu schaffen. Näheres zur Stärkung der Innenstadt lesen Sie im Kapitel 5.1 „Innenstadt“.

2.5 Potenziale nutzen

Bottrop bietet durch seine Lage in einer der größten Wirtschaftsregionen Europas, mit seiner Nähe zu den Niederlanden, mit seiner Lage am Rande des landschaftlich reizvollen Münsterlands und mit einer guten Infrastrukturanbindung an die übrigen Wirtschaftsgebiete Europas gute Voraussetzungen für die Ansiedlung von Gewerbe. Diese Standortvorteile müssen wir – auch im Zusammenspiel mit unseren Nachbarstädten – stärker kommunizieren. Das alte Kirchturmdenken passt nicht mehr in unsere Zeit und verhindert die Entwicklung des Ruhrgebiets und damit auch Bottrops. Unsere Wirtschaftspolitik muss sich auf die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen fokussieren. Hier bietet Bottrop auch dank seiner guten Verkehrsanbindungen vielversprechende Voraussetzungen für weitere interessante Investitionen.



InnovationCity ist für das Image der Stadt ein Gewinn. Doch wir müssen dieses Potenzial stärker nutzen. InnovationCity muss mehr als Entwicklungsplattform für die Industrie verstanden werden. Die Umsetzung der Konzepte im Wohnungsbau muss sich künftig stärker an der Nachfrage orientieren.

Konkret fordert die FDP Bottrop:

- einen Gewerbesteuersatz, der uns im Wettbewerb mit anderen Kommunen für Unternehmen auf Standortsuche „interessant“ macht!
- ein aktives, vorausschauendes Flächenmanagement mit Gewerbeflächen an attraktiven Standorten. Hier ist das zügige Herangehen an die Überplanung brachliegender oder kaum noch genutzter Flächen zwingend erforderlich!
- mehr Serviceorientierung in der Verwaltung!
- eine Zertifizierung der Stadt als „Mittelstandsfreundliche Kommune“!

- eine leistungsorientierte Vergütung aller Mitarbeiter der Stadtverwaltung und aller Amtsleiter anhand der Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, der Lohnsumme und des Gewerbesteueraufkommens in der Stadt Bottrop!
- eine Wirtschaftspolitik also, die ihren Namen auch verdient!

Mit Ihrer Unterstützung wollen wir mehr Arbeit und Steuereinnahmen schaffen und damit neue Handlungsspielräume für Menschen und unsere Kommune eröffnen.

Raus aus den Schulden

Die Beispiele des EU-Mitglieds Griechenland und der US-amerikanischen Autostadt Detroit zeigen, dass eine Überschuldung der staatlichen Haushalte am Ende zu harten und unsozialen Maßnahmen zwingt. Auch wenn wir es uns als Opposition leicht machen könnten: wir stehen zum „Stärkungspakt Stadtfinanzen“! Die FDP NRW hat diesen im übrigen maßgeblich mitgestaltet. Wir unterstützen die begonnene Haushaltssanierungspolitik. Viele machen es sich zu leicht in dieser Stadt und handeln verantwortungslos.

3.1 Generationengerechtigkeit

Wir wollen unseren Kindern eine handlungsfähige Stadt hinterlassen und keine Schuldenberge!



Die Sanierung des Haushalts werden wir nicht allein durch rigides Sparen erreichen. Wir brauchen mehr Einnahmen. Diese werden wir jedoch nicht durch eine höhere Besteuerung von Bürgern und Wirtschaft erzielen, denn das „würgt“ Wachstum und Wirtschaftsleistung ab und reduziert damit die Bemessungsgrundlage für das Steueraufkommen. Eine aktive Wirtschaftspolitik, wie wir sie zuvor beschrieben haben, entfacht dagegen Wirtschaftswachstum und schafft damit zusätzliche Steuereinnahmen. Der Aufwand für Sozialleistungen sinkt, wenn mehr Menschen mit attraktiver Arbeit aus der Abhängigkeit der Sozialsysteme befreit werden.

Städtische Liegenschaften – wie z.B. der Saalbau - müssen konsequent entwickelt werden, mit der Zielsetzung mit zusätzlichen Einnahmen einen nachhaltigen positiven Beitrag zum Haushalt über die reine Kostenersparnis hinaus zu erbringen.

Darüber hinaus müssen wir stärker als bisher prüfen, ob wir die erforderlichen Leistungen der Stadt nicht effizienter erbringen können. Wir brauchen zum Beispiel mehr Privatisierung, wo es sinnvoll und machbar ist und sich Wettbewerb organisieren lässt. Dort, wo wir nicht privatisieren können, müssen wir verstärkt über interkommunale Zusammenarbeit nachdenken. Die Frage muss sein: können wir Kosten senken, wenn wir mit unseren Nachbarstädten zusammenarbeiten?

In Zeiten drückender Schuldenlast muss auch die Stadtverwaltung einen Beitrag leisten. „Beförderungssorgen“ sind dem Bürger kaum vermittelbar.



Muss das VHS-Programm als Zeitungsbeilage an jeden Haushalt verteilt werden? Reicht nicht ein Hinweis auf das neue Programm und eine Verteilung in reduzierter Auflage z.B. über die örtlichen Banken und/oder den Einzelhandel, wie es in unseren Nachbarstädten Gang und Gäbe ist?

Schließlich sollten wir prüfen, ob alle Aktivitäten der Stadt im jeweiligen Umfang noch erforderlich sind oder ob es vertretbar ist, diese zumindest für die Dauer der Haushaltssanierung zu reduzieren.

3.2 Privatisierung

Wir Liberale wollen keine bürokratische Staatswirtschaft. Wir wollen hingegen eine faire soziale Marktwirtschaft. Wir fordern von unserer Stadt, dass sie die Bottroper Wirtschaft fördert und günstige Rahmenbedingungen schafft, dabei aber nicht selbst aktiv in das Wirtschaftsgeschehen eingreift.

Privatisierung heißt also nicht, Teile der Verwaltung als städtische Tochter in privatrechtliche Unternehmen zu überführen, sondern für Wettbewerb zu sorgen. Die Stadt muss sich daher wieder auf ihre hoheitlichen Aufgaben konzentrieren und sich nicht als Gesellschafter Bottroper Unternehmen betätigen. Für uns Liberale ist es nicht die Aufgabe einer Stadt, Parkhäuser oder Veranstaltungsräume zu betreiben. Die FDP hat sich von Anfang an gegen die Pläne gestellt, dass die BEST (hundertprozentige Tochter der Stadt) sich am Kauf des Müllheizkraftwerks Karnap beteiligt und stattdessen eine öffentliche Ausschreibung für die zukünftige Müllentsorgung gefordert. Unsere Position hat sich am Ende auch durchgesetzt.

Die Verwaltung hat mit Ausschreibungen für Leistungen und befristete Vergaben von Lizenzen für Wettbewerb zu sorgen. Der Verwaltung kommt dabei mehr die Rolle der Projektleitung und Qualitätssteuerung und weniger die des ausführenden Organs zu. Dabei sind die Lizenzen für bestimmte Tätigkeiten und Dienstleistungen nicht zeitlich unbegrenzt und in beliebigem Umfang zu vergeben. Jeder Leistungs- oder Lizenzvergabe muss eine Ausschreibung vorausgehen und die ordnungsgemäße Durchführung ist regelmäßig zu überprüfen. Defizite müssen ggf. wiederum in Anpassung der Ausschreibungsvorgaben münden.

3.3 Interkommunale Zusammenarbeit

Mit dem Begriff „Metropole Ruhr“ wird der Wunsch ausgedrückt, dass die Städte in unserer Region näher zusammenrücken und eine stärkere Einheit bilden. Vielen Städten im Ruhrgebiet geht es wirtschaftlich ähnlich wie Bottrop; sie alle kämpfen mit dem Strukturwandel und einer desolaten Haushaltslage.

Aber eine „Metropole Ruhr“ erschaffen wir nicht, wenn unser Denken an den Stadtgrenzen aufhört. Die FDP fordert daher eine stärkere interkommunale Zusammenarbeit mit unseren Nachbarstädten Essen, Gelsenkirchen, Oberhausen und Gladbeck. Ende 2010 haben auf Anregung der Stadt Münster mehrere Großstädte in NRW einen Arbeitskreis für interkommunale Zusammenarbeit gegründet, bei dem sich die Stadt Bottrop nicht beteiligt. Wir Liberale fordern von der Verwaltung, dass sie dieses Versäumnis zeitnah nachholt und sich stärker in der interkommunalen Zusammenarbeit engagiert.

Ein Schritt in diese Richtung kann die verwaltungsseitige Zusammenlegung der Gesundheitsämter, der gemeinsame Betrieb von städtischen Bauhöfen oder eine bessere Zusammenarbeit in der Wirtschaftsförderung sein.

Wir fordern:

- keine Neugründung von Unternehmen mit hundertprozentiger Beteiligung der Stadt, wenn Aufgaben vom Markt gleichwertig oder besser bewältigt werden können
- Stetiger Rückzug aus städtischen Gesellschaften
- Privatisierung von städtischen Dienstleistungen wie der Grün- und Friedhofspflege, Kanalreinigung, Straßenbau, Bau- und Wohnungsgenossenschaften
- effizientere Leistungserbringung (z.B. Verteilung des VHS-Programms über Auslagen)
- mehr Mut zu interkommunaler Zusammenarbeit
- Aufgabenkritik und zumindest vorübergehende Reduktion auf Kernaufgaben

Das braucht
Bottrop.

Unterstützen Sie die Bottroper Liberalen, dann unterstützen Sie den Sanierungskurs, damit wir unsere Schulden im Interesse unserer Kinder endlich in den Griff bekommen.

Bildung: Leistung statt Einheitsschule

Wesentliche Voraussetzung für ein freies, selbstbestimmtes Leben ist eine gute Bildung. Wir wollen unsere Kinder ermutigen, etwas aus sich zu machen. Wir wollen allen Kindern, egal welcher Herkunft, egal mit welchen kulturellen Wurzeln, Chancen auf einen gesellschaftlichen Aufstieg durch Bildung ermöglichen. In Zeiten zunehmenden globalen Wettbewerbs wird es für unsere Kinder immer schwieriger, sich gute Lebenschancen zu bewahren. Der Wohlstand Deutschlands gründet nicht auf Öl und Bodenschätzen, sondern vor allem auf der guten Bildung seiner Menschen - von Fachleuten in Industrie, Mittelstand und Handwerk. Alle anderen staatlichen Leistungen hängen finanziell von dem ab, was dort erwirtschaftet wird.



Umso wichtiger ist ein leistungsfähiges Schulsystem, das humanistische Allgemeinbildung vermittelt und auch auf das Berufsleben vorbereitet. Doch leider müssen wir feststellen, dass SPD, Grüne und Linke mit einem Trend zur leistungslosen Schule politische Geisterfahrer sind: keine Noten, kein Sitzenbleiben, keine Hausaufgaben. Dafür die Einheitsschule, die seit Jahren in allen schulform-übergreifenden Leistungsvergleichen immer wieder schlechter abschneidet als die klassischen Schulformen. Nicht nur Hochschulrektoren, sondern auch Betriebsräten macht inzwischen die mangelnde Ausbildungsfähigkeit der Schulabgänger Sorgen. Mit einer falschen, gleichmachenden Bildungspolitik wird die Zukunft unserer Kinder verspielt. Das wollen wir in Bottrop verhindern. Wir wollen Vielfalt statt Einfalt!

4.1 Den Weg in die Einheitsschule stoppen

Das „große“ schulpolitische Ziel von SPD, Grünen und Linken bleibt die Einheitsschule, die sich nicht auf unterschiedliche Begabungen und Talente einstellt, sondern alle Kinder und Jugendliche gleich machen will: am Ende leider – das zeigen die Ergebnisse – gleich

schlecht. Wir haben keine Einheitskinder und deshalb brauchen wir auch keine Einheitsschule!

Die FDP hält nichts von der Gleichmacherei und wirbt hingegen für ein differenziertes Schulsystem, weil es der Unterschiedlichkeit unserer Kinder besser gerecht wird. Leistungsstarke Kinder müssen gefordert und leistungsschwache Kinder unterstützt und gefördert werden. In einem differenzierten Schulsystem gelingt dies besser, weil sich Lehrer spezialisieren und besser auf die individuellen Bedürfnisse unserer Kinder eingehen können.



Unterstützt wird unsere Einstellung durch eine jüngst veröffentlichte Studie des Bonner Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA), die nicht nur Einzug in die Berichterstattung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung fand, sondern auch von vielen Experten positiv bewertet worden ist. Demnach widerlegt diese Studie eine von Rot-Grün und Linken gerne angebrachte Argumentation, wonach das dreigliedrige Schulsystem in Deutschland den Kindern und Jugendlichen zu wenige Chancen lasse und es so gut wie nicht durchlässig sei. Nach Bewertung des Instituts und seiner Wissenschaftsprofessoren sind die geschürten Ängste und Sorgen unbegründet. Die suggerierten langfristigen Nachteile für Schüler des dreigliedrigen Schulsystems bei Beschäftigung, Lohnniveau und Bildungsstand bestehen nicht. Die gerne ins Feld geführte Behauptung, das deutsche Schulsystem verteile die Schüler zu früh auf unterschiedliche Schulformen und schränke auf diese Weise die Bildungschancen von Spätentwicklern ein, sei falsch.

In Hamburg hatten die Bürger bei einer Volksentscheidung den schwarz-grünen Bildungsplänen zur Abschaffung der Gymnasien eine klare Absage erteilt. Dennoch wissen es die rot-grünen Ideologen im Lande besser als die Eltern und halten unvermindert an ihren Zielen zur Einheitsschule fest, in Baden-Württemberg, in Niedersachsen, in NRW und somit auch hier bei uns in Bottrop. In Schleswig-Holstein gibt es seit kurzem nur noch Gymnasium und Gesamtschulformen und dies ist nur ein „Luft holen“, bevor letztlich auch das Gymnasium attackiert und abgeschafft wird. Das wollen wir in Bottrop verhindern!

SPD und Grüne haben aus dem Debakel von Hamburg gelernt und scheuen die offene Konfrontation mit der Mehrheit der anders denkenden Bürger. Die Entscheidung wurde von den Ländern in die Kommunen verlagert. Mit Unterstützung der CDU wird jetzt in NRW durch den sogenannten „Schulkonsens“ der Bildungsabbau schleichend vor Ort organisiert, indem das gegliederte System ausgehöhlt und per „Salamitaktik“ scheinbarweise abgeschafft wird. Auf breiter Front werden gezielt Haupt- und Realschulen geschlossen. Oberhausen wird zukünftig keine Hauptschulen mehr haben.

4.2 Bottroper Realschulen und Gymnasien retten

Auch in Bottrop sollten alle Haupt- und Realschulen zu Gunsten von Sekundarschulen abgeschafft werden, wie ein vom grünen Schulministerium empfohlener und von der Stadt bestellter Gutachter forderte. Eine im Zuge der Erstellung des neuen Schulentwicklungsplanes eingerichtete Lenkungsgruppe der Bottroper Kommunalpolitik war sich darüber bereits einig. Nur wir Liberalen haben uns dem von Anfang an widersetzt und die Pläne – auch über eine eigene thematische Webseite www.rettetmeineschule.de - öffentlich gemacht. Es war unser vorrangiges Ziel in der vergangenen Legislaturperiode, diese Pläne zu stoppen. Dieses Ziel ist uns zumindest vorläufig gelungen, dank des öffentlichen Drucks durch viele engagierte Lehrer, Eltern und Schüler.

Eltern und die Schüler brauchen Verlässlichkeit in der Schulpolitik. Ständige zunehmend kleinräumigere Veränderungen an unserem Schulsystem aus vorrangig ideologischen Gründen verunsichern alle Beteiligten und verhindern eine überlegte, ruhige und konsequente Weiterentwicklung unseres Bildungssystems an die Anforderungen der Zukunft. Eltern und Kinder müssen eine Schulbildung auch verlässlich planen können.

Auch in der kommenden Legislaturperiode werden wir uns hier in Bottrop zusammen mit Ihnen einsetzen für den Erhalt eines leistungsorientierten differenzierten Schulsystems, u.a. mit Gymnasien, Realschulen, Haupt- und Förderschulen, so lange die Eltern diese Schulformen wünschen. Wir sind der Auffassung, dass es Bottrop stärkt, an Qualität und Leistung im Schulsystem festzuhalten. Hierfür bitten wir um ihre Unterstützung.

4.3 Eine Realschule für Kirchhellen

Mit Ihrer Unterstützung wollen wir eine andere langjährige FDP-Forderung realisieren: in Kirchhellen muss der Erwerb eines uneingeschränkten Realschulabschlusses möglich sein. Die FDP Bottrop fordert daher für Kirchhellen eine Realschule oder eine kooperative Sekundarschule, in der Haupt- und Realschulzweige unter einem Dach angeboten werden. Eine integrative Form der Sekundarschule lehnen wir ab, weil es letztlich nur eine Spielart der Gesamtschule ist. Die Menschen in Kirchhellen wollen aber keine Gesamtschule. Dafür gibt es keine Akzeptanz. Sie wollen eine Realschule, wie die Auspendlerzahlen Jahr für Jahr eindrucksvoll unterstreichen. Dem wollen wir Rechnung tragen.

4.4 Janusz-Korczak-Sekundarschule?

Nachdem langsam auch die Kommunalpolitiker in Bottrop erkennen, dass eine integrierte Form der Sekundarschule in Kirchhellen nur schwer zu realisieren sein wird, wird verstärkt gefordert, stattdessen in Bottrop Mitte eine Sekundarschule einzurichten. Dies ist eine konkrete Bedrohung für die August-Everding-, Gustav-Heinemann- oder Marie Curie-Realschule. Wir lehnen es ab, gut funktionierende und von den Eltern nachgefragte Schulen aus ideologischen Gründen zu schließen und in Sekundarschulen umzuwandeln!

Die FDP schlägt stattdessen vor, die weniger nachgefragte und problembehaftete Janusz-Korczak-Gesamtschule in eine Sekundarschule umzuwandeln. Die Oberstufe könnte dann mit der Willy-Brandt-Gesamtschule kooperieren und diese so langfristig sichern.

4.5 Für uns zählt der Elternwille

Auch wenn wir in der Schulpolitik ausdrücklich für das gegliederte Schulsystem werben, wollen wir unsere Vorstellungen den Eltern nicht aufzwingen, sondern ihnen durch entsprechende Angebote die Wahl lassen. Nicht die Politiker, sondern die Eltern sollen über das Wohl ihrer Kinder entscheiden. Das unterscheidet uns von der ideologischen Schulpolitik anderer Parteien, die ihr System allen vorschreiben wollen, indem sie auf allen Ebenen systematisch das

gegliederte Schulsystem benachteiligen und austrocknen.

SPD, Grüne und DKP sind sich nicht zu schade, sich dreist über das klare Votum der Eltern für die Einrichtung einer kooperativen Form der Sekundarschule hinwegzusetzen. Die Eltern der zuerst betroffenen 2. und 3. Klassen hatten sich in einer Befragung zur Sekundarschule in Kirchhellen mehrheitlich gegen die von Verwaltung, ÖDP und den zuvor genannten Parteien bevorzugte integrierte, gesamt schulähnliche Form ausgesprochen. Es ist anzunehmen, dass das Abstimmungsergebnis allein unter den im Einzugsgebiet lebenden Eltern in Kirchhellen und Grafenwald noch klarer für die kooperative Form ausgefallen ist. Aber Eltern und Lehrer werden einfach ignoriert. Dem haben und dem werden wir uns in Bottrop entschieden entgegenstellen.

Die Bottroper FDP begrüßt zudem alle Bestrebungen, die Selbstbestimmung der einzelnen Schulen zu stärken, wenn dadurch Verwaltungsaufwand verringert werden kann.

Eltern und Lehrer müssen sich in der Schulpolitik klar positionieren und engagieren. Wenn Eltern und Lehrer nicht aktiv werden und die Bildung ihrer Kinder den Ideologen der Parteien überlassen, dann wird der Bildungsabbau weiter voran schreiten. Der engagierte Einsatz für die August-Everding-Realschule und an der Paul-Grundschule in Bottrop zeigen, dass die Eltern diese Position mehrheitlich teilen, gemeinsam etwas erreichen können und sich nicht mehr alles bieten lassen werden. Wir Liberale werden das unterstützen.

4.6 Inklusion: Förderschulen erhalten

Derzeit wird eine EU-Richtlinie dazu missbraucht, gut funktionierende Förderschulen zu schließen. Behinderte Kinder sollen nicht mehr in eigenen spezialisierten Förderschulen, sondern an den Regelschulen unterrichtet werden. Für die FDP ist es eine Selbstverständlichkeit, körperlich behinderte Kinder ohne Lernbehinderung am Regelunterricht teilnehmen zu lassen. Darum geht es nicht. Eine Inklusion von Kindern mit Lernbehinderung in den Regelunterricht erscheint uns hingegen nicht sinnvoll zu sein. Den Lehrern der Regelschulen fehlt die spezielle Ausbildung. Wenn bereits jetzt immer häufiger von einer Überforderung von Lehrern die Rede ist, dann

wird diese Form der Inklusion das Problem nur noch verschlimmern. Hierunter leiden Lehrer und Schüler – Behinderte wie Nichtbehinderte. Die FDP Bottrop möchte daher die gut aufgestellten Förder Schulen erhalten und im besten Fall in einem Förderzentrum mit optimaler Ausstattung zusammenführen.

4.7 Schulgebäude sanieren

Bei einer Begehung der Gustav-Heinemann-Realschule hat die FDP Mängel am Zustand der Toiletten und des Pausen-Verkaufsraumes festgestellt und öffentlich gemacht. Daraufhin hat die Stadt sich der Mängelbeseitigung angenommen. Die FDP Bottrop fordert eine Gleichbehandlung aller Schulformen. Nur weil die Realschulen nicht in das ideologische Konzept von SPD, Grünen und Linken passen, dürfen sie nicht schlechter gestellt werden als Gesamtschulen. Wir werden auch in der kommenden Legislaturperiode darauf achten, dass sich die Schulen in einem angemessenen Zustand befinden. Dazu fordern wir regelmäßige Begehungen aller Schulen in ganz Bottrop. Auch im Angesicht knapper Kassen wollen wir hier einen Schwerpunkt setzen. Wenn die Stadt in der Lage ist, für Lieblingsprojekte der Genossen wie die Sekundarschule in Kirchhellen 6,8 Mio. Euro „aus dem Hut zu zaubern“, dann wird man den Eltern, Schülern und Lehrern der Gustav-Heinemann-Realschule kaum erklären können, warum der vergleichsweise kleine Betrag für die Renovierung ihres Pausenraums nicht machbar ist.

4.8 Hochschule

Dem damaligen Landesminister Prof. Andreas Pinkwart (FDP) ist ein Ausbau der Hochschullandschaft in Nordrhein Westfalen zu verdanken, wie zuvor lange nicht mehr, wovon Bottrop - auch dank des Engagements von uns Liberalen vor Ort - wesentlich profitiert hat. Der Neubau der Hochschule Ruhr West steht kurz vor seiner Fertigstellung.

Umso verwerflicher ist es, dass das von Prof. Pinkwart eingeführte zukunftsweisende Hochschulfreiheitsgesetz durch die Pläne der jetzigen rot-grünen Regierung ausgehebelt werden soll. Wir Liberale setzen uns dafür ein, dass die Hochschulen vor Ort, auch hier in Bottrop, selbst über ihre Belange und Haushaltsmittel bestimmen können.

Die FDP fordert:

- ein leistungsorientiertes statt leistungsloses Schulsystem
- ein breites, am Elternwillen orientiertes Schulangebot statt ideologisch motivierten Einheitsschulen
- Erhalt der nachgefragten Bottroper Haupt- und Realschulen sowie der Gymnasien
- eine Realschule oder kooperative Sekundarschule für Kirchhellen
- Erhalt der Förderschulen bzw. Zusammenführung in ein Förderzentrum
- angemessene Zustände in den Gebäuden aller Schulformen
- Festhalten am Hochschulfreiheitsgesetz und dem Selbstbestimmungsrecht der Hochschulen

Auch in der kommenden Ratsperiode wird über die Zukunft unseres Schulsystems entschieden werden. Machen Sie uns stark, damit wir uns für Sie stark machen können.

L(i)ebenswertes Bottrop

5.1 Innenstadt

Bottrop muss attraktiver werden.

Sicher hat es unsere Stadt nicht leicht mit den großen Einkaufszentren in den Nachbarstädten, den vielen Leerständen und dem Baustopp am Hansa Center. Der Abfluss der Kaufkraft in die



umliegenden Städte erschwert es dem Einzelhandel zusätzlich, ein attraktives und vielfältiges Angebot bereitzustellen. Wir möchten, dass die Bottroper Bürgerinnen und Bürger wieder gerne in ihrer Stadt sind, hier essen, feiern und einkaufen. Dazu brauchen wir eine attraktive Innenstadt, in der man sich wohl und sicher fühlen kann.



Mülheim hat zur Belebung der Innenstadt gerade mit Unterstützung der örtlichen Liberalen die Gebühren zur Nutzung öffentlicher Flächen halbiert. Wir Liberale fordern für Bottrop das gleiche. Wir wollen die Außengastronomie in den Zugangsbereichen zur Fußgängerzone beleben und ausweiten und die Zeiten hierfür verlängern, damit wieder mehr Menschen in unsere Stadt kommen. Auch so können Arbeitsplätze gesichert und Steuereinnahmen generiert werden.

Bottrop sollte zudem als Stadt des „gebührenfreien Parkens“ für sich werben! Nur wenn sich die Kosten für den Einkauf mit denen der Nachbarstädte vergleichen lassen, kann der Bottroper Einzelhandel im Wettbewerb zu Nachbarstädten und Versandhandel bestehen. Die Parkgebühren sind zuallererst eine Frage der Wirtschaftsförderung und weniger eine der Stadtfinanzen. Es geht in erster Linie um Arbeitsplätze im Bottroper Einzelhandel und in der Gastronomie.

Die FDP Bottrop fordert, dass die Belebung der Innenstadt ein herausragendes Ziel von Wirtschaftsförderung und Verwaltung werden muss!

Konkret fordern wir Liberalen:

- eine Halbierung der Gebühren für Außengastronomie in der Fußgängerzone
- eine zusätzliche Begrünung und Möblierung der Fußgängerzone sowie mehr Abfalleimer
- die Ausbesserung des schlecht verlegten Pflasters in der HansasträÙe und auf dem Kirchplatz, das gerade ältere und gehbehinderte Menschen stolpern lässt
- kostenloses WLAN wie in anderen Städten
- unkomplizierte und kostenlose Genehmigungen, wenn Ge-

schäftsleute ihren Verkaufsraum kurzzeitig durch Aufsteller und Angebotsdisplays erweitern wollen

- Beteiligung der Bürger: Wäre es nicht schön, wenn Chöre und Musikgruppen der Stadt sich samstags zu Marktzeiten abwechselnd kostenfrei präsentieren dürften, damit zusätzliche Käufer nach Bottrop kämen und die Gruppen auch noch neue Fans gewinnen könnten? Wie wäre ein solcher unterhaltsamer Einstieg ins Wochenende?
- zügiges Abarbeiten von Baustellen, um die anliegenden Geschäfte so wenig wie möglich zu behindern (nicht wie bei der Horster- und zuletzt der Osterfelder Straße)
- positive Aufnahme und unbürokratische Umsetzung der Wünsche und Ideen der Werbegemeinschaften, um verschiedenste Wege der Attraktivitätssteigerung auszuprobieren
- frühzeitige Beteiligung der Werbegemeinschaften, Markthändler sowie der ansässigen Geschäfte und Gastronomen an dem vom Oberbürgermeister ausgelobten Ideenwettbewerb zur Gestaltung der Eingangsbereiche der Fußgängerzone
- bessere Unterstützung der Stadtteilzentren, um ein wohnortnahes Angebot vorhalten zu können
- flexiblere Gestaltung der Marktzeiten

Eine anziehende, saubere Innenstadt, in der die Bottroperinnen und Bottroper sich gerne aufhalten, ist nicht nur wirtschaftlich von großer Bedeutung. Sie stärkt auch die Identifikation mit Bottrop und das Gefühl der Zusammengehörigkeit!

5.2 Verkehr

Die Verkehrspolitik der Stadt Bottrop muss sich an den Mobilitätsbedürfnissen der Bevölkerung orientieren und daher auf ein faires Miteinander aller Verkehrsträger ausgerichtet sein. Dabei sind neben wirtschaftlichen Aspekten auch Umweltaspekte zu berücksichtigen. Eine einseitige Bevorzugung oder Vernachlässigung eines Verkehrsträgers aus ideologischen Gesichtspunkten ist falsch.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Die FDP-Bottrop setzt sich - im Rahmen der



finanziellen Möglichkeiten - für einen leistungsfähigen, an die Nachfrage angepassten ÖPNV ein.

Für einen stabilen und pünktlichen Bahnbetrieb zwischen Bottrop und Essen fordert die FDP-Bottrop die Prüfung eines zweigleisigen Ausbaus des Streckenabschnitts Essen-Dellwig Ost und Bottrop Hauptbahnhof, so wie er in der ursprünglichen Planung zur S9 vorgesehen war. Zumindest eine Verlängerung der Zweigleisigkeit von Essen-Gerschede bis in den Haltepunkt Essen-Dellwig Ost ist eine Option für einen flüssigen Betrieb von S9 und RE14. Weiterhin sollte geprüft werden, Essen-Dellwig zu einem barrierefreien Turmbahnhof umzugestalten, um die Umsteigerelation zur S2 und zur Straßenbahn zu verbessern. Da von dieser Regelung vor allem die Fahrgäste aus Bottrop profitieren, muss auch unsere Stadtverwaltung Treiber des Themas in den zuständigen Gremien bei VRR und Land sein.

Die FDP befürwortet Barrierefreiheit, um Menschen mit eingeschränkter Mobilität Teilhabe zu ermöglichen. Der Ausbau muss jedoch – und das ist sinnvollerweise auch gesetzlich so vorgeschrieben - im Rahmen der verfügbaren Mittel anhand der Nutzung priorisiert werden.

Radverkehr

Die FDP befürwortet im Rahmen eines ausgewogenen Verkehrskonzeptes und der finanziellen Möglichkeiten den Ausbau der Radwegenetze. Hierzu zählen neben innerörtlichen auch überregionale Verbindungen, wie etwa eine attraktive Durchbindung des Radweges am Rhein-Herne-Kanal zum Rheinradweg mit einheitlicher klarer Beschilderung. Die FDP Bottrop spricht sich für ein Wegeleitsystem im gesamten Ruhrgebiet aus, das sich am holländische „Knooppuntdwagsystem“ orientiert. Die FDP fordert die Stadt Bottrop dazu auf, sich gemeinsam mit Verbänden, Bürgern, Nachbarkommunen und dem Land NRW hierfür zu engagieren.

Die FDP Bottrop spricht sich für einen Paradigmenwechsel hinsichtlich der Freigabe der Fußgängerzone für den Radverkehr aus. Anstelle eines generellen Verbots mit einzelnen Ausnahmen soll das Radfahren generell frei sein, jedoch mit Aus-



nahmen zu bestimmten Zeiten und an bestimmten Orten, um eine Gefährdung von Fußgängern zu vermeiden. Die Bezirksvertretung wird gebeten, zusammen mit dem Arbeitskreis Radverkehrsförderung konkrete Bereiche und Zeiten zu definieren, an denen das Radfahren in der Fußgängerzone aus Sicherheitsgründen einzuschränken ist.

Straße (Ebel-) Stau

Verkehrsstaus verursachen jedes Jahr hohe volkswirtschaftliche Schäden und sind ein ständiges Ärgernis für uns alle. So auch der Ebel-Stau. Seit Jahren tut sich hier nichts. Wir haben unseren FDP-Landtagsabgeordneten Christoph Rasche eingeschaltet. Auf Grund der Kürze der Strecke in Landeszuständigkeit sei dies kein Landes-, sondern ein kommunales Thema. Die FDP Bottrop fordert daher die Stadt auf, gemeinsam mit Straßen.NRW z.B. im Rahmen des „Ruhrpiloten“ nach einer Lösung zu suchen. Wir regen einen Ideenwettbewerb unter Beteiligung der Hochschulen an. Intelligente Verkehrssysteme, die die Ampelschaltungen an das aktuelle Verkehrsaufkommen anpassen, können hier einen sinnvollen Beitrag leisten. Letztlich ist dies auch ein Beitrag zur Reduzierung von Abgasen zum Schutze unserer Umwelt.



Ruhender Verkehr: Parkleitsystem

Wir wollen Bottrop zu einer attraktiven Einkaufsstadt für Bottroper und unsere Nachbarn entwickeln. Dazu gehört, den Besuchern unserer Stadt unkompliziert geeignete Parkmöglichkeiten aufzuzeigen. So etwas geht nicht durch statische Schilder, wie sie heute bei uns zu finden sind. Wir brauchen vielmehr ein elektronisches Parkleitsystem, das die freien Parkplätze im Stadtgebiet erfasst und auf diese für jeden deutlich ersichtlich hinweist. Denn besonders Ortsunkundigen wird hier heute viel Geduld abverlangt. Daher fordert die FDP von der Stadt, ein echtes Parkleitsystem in Bottrop zu installieren. In Verbindung mit vermehrtem kostenfreien Parken, soll dies die Attraktivität unserer Innenstadt erhöhen, im Interesse von Arbeitsplätzen und Gewerbesteuerereinnahmen (vgl. Kapitel 5.1 „Innenstadt“).

Straßensanierung

Viele Straßen in Bottrop sind sanierungsbedürftig, so dass nicht

einmal die dort zulässige Höchstgeschwindigkeit gefahren werden kann. Bekannte Beispiele dafür sind unter anderem die Schneiderstraße in Grafenwald und der Nordring. Trotz leerer Kassen müssen diese Straßen jedoch instandgesetzt werden.

Hier gilt es zu prüfen, ob eine Komplettsanierung wirtschaftlicher ist als eine Teilsanierung, die letztlich eine vollkommene Erneuerung nur hinauszögert.

5.3 Umwelt

Die Kommunen sind in Deutschland zwar nicht die zentralen Akteure der Umweltpolitik, haben aber, im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten, durchaus eigene Gestaltungsspielräume auf diesem Politikfeld. Die FDP Bottrop spricht sich für eine pragmatische Umweltpolitik mit Augenmaß aus, die sich weniger durch Dogmatismus als durch unbürokratische sachorientierte Entscheidungen auszeichnet. Ein zuweilen auf die Spitze getriebener Umweltschutz schadet mehr als er der Umwelt nutzt, weil er die Menschen nicht mitnimmt und gelegentlich auch nicht zu Ende gedacht ist.

Die FDP Bottrop setzt hingegen auf persönliche Verantwortung statt auf eine politische Verbotskultur. Wir sehen die Bottroper Bürger als mündige Bürger an und möchten diese nicht bis ins Kleinste bevormunden und regulieren. Wir möchten die Bürokratie abbauen und den aktiven Umweltschutz fördern.

Der gut gemeinte Baumschutz ist für uns ein Beispiel für verfehlte bürokratische Überregulierung. Wie seine „Erfolgsbilanz“ zeigt, schützt er keine Bäume, sondern produziert vornehmlich Behördenhandel und Gebührenbescheide. Die FDP traut den Bottroper Bürgerinnen und Bürgern auch ohne „Satzung“ einen sorgsamen Umgang mit unseren Pflanzen und Bäumen zu und fordert, die Baumschutzsatzung ersatzlos zu streichen.

5.4 Integration

Wie viele Kommunen im Ruhrgebiet hat auch Bottrop eine lange, facettenreiche Zuwanderungs- und Integrationsgeschichte. In Bottrop leben seit jeher zahlreiche gut integrierte Zuwanderer, die



eine große Bereicherung für die Vielfalt in unserer Stadt darstellen. Zugleich gibt es aber auch Negativbeispiele, wo Integration noch nicht so gelungen ist, wie es ein gutes Zusammenleben erfordert. Eine ehrliche Politik blendet keine der beiden Realitäten aus, sondern sucht verantwortungsbewusst nach konstruktiven Lösungen. Die FDP sieht in der kulturellen und ethnischen Vielfalt eine Chance. Für uns Liberale gehört es zu einer weltoffenen Stadt Bottrop dazu, dass wir für alle, die sich integrieren und aus sich und unserer Stadt etwas machen wollen, eine Willkommenskultur pflegen und ausbauen. Wir müssen deutlich machen, dass jeder, egal welcher Herkunft, die gleichen Rechte und Pflichten hat.

Wir setzen uns ein für Integration und Partizipation und lehnen die Bildung von Parallelgesellschaften im Sinne eines Staates im Staat ab. Wir wollen zwar niemandem eine „Leitkultur“, eine bestimmte Lebensweise vorschreiben, aber wir wollen eine gemeinsame Basis, bestehend vor allem aus Sprache, Recht und Gesetz, die ein gemeinsames Zusammenleben erst ermöglichen. Hier muss gefördert, aber auch gefordert werden.

Den Schulen kommt bei der Integration eine besondere Bedeutung zu. Wir müssen sicherstellen, dass alle Kinder bereits vor der Einschulung die nötige deutsche Sprachkompetenz erwerben, damit tatsächlich kein Kind zurückbleibt. Schüler mit Migrationshintergrund und Spätaussiedler müssen in ihrer Schullaufbahn intensiver unterstützt werden. Dafür sind neue Konzepte zu entwickeln, die auch die Eltern der Schülerinnen und Schüler mit einbeziehen.

Eine gelungene Integration kommt schließlich uns allen zu Gute.

5.5 Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Damit mehr Menschen eine Chance haben, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, müssen wir die richtigen Rahmenbedingungen dafür schaffen. Um im globalen Wettbewerb bestehen zu können, wird in der heutigen Zeit vom Einzelnen zunehmend mehr Flexibilität im Beruf verlangt. Probleme in der Kinderbetreuung treten sowohl in Familien, in denen beide Elternteile berufstätig sind, als auch bei Alleinerziehenden auf. Alle sozialen Schichten sind gleichermaßen

betroffen, sei es zum Beispiel der Verkäufer, die Krankenschwester oder ein Selbstständiger.

Unser Anliegen ist es, ein ausreichendes Betreuungsangebot für Kinder zu gewährleisten. Dies beinhaltet sowohl die Vormittags- und Nachmittagsbetreuung, aber auch die Möglichkeit der Übernachtbetreuung. So wird Bottrop familienfreundlicher, bestehende Familienstrukturen werden gefestigt und Familiengründungen vereinfacht.

Für uns Liberale ist klar: Alle Lebensmodelle verdienen gleichermaßen gesellschaftliche Akzeptanz und Respekt. Wir schreiben niemandem ein Lebensmodell vor. Wenn Familie und Beruf besser vereinbar sind, ist auch die Gleichberechtigung von Frau und Mann ein gutes Stück vorangekommen. Dafür müssen wir auf kommunaler Ebene die Voraussetzungen schaffen.

5.6 Senioren

Alte Menschen sind heute selbstbewusster, couragierter und mobiler denn je. Jedoch verliert der Mensch mit zunehmendem Alter an Mobilität. Trotzdem bleibt der Wunsch nach Selbstständigkeit in den eigenen vier Wänden. Es ist an der Zeit, die Schwerpunkte anders zu setzen.

Niemand soll im Alter unfreiwillig sein bisheriges Wohnumfeld im Stadtviertel verlassen müssen. Bestehende Kontakte und zwischenmenschliche Beziehungen sollen weiter erhalten bleiben können. Um stationäre Pflege so lange wie möglich hinauszuziehen, soll häusliche Pflege durch ergänzende Angebote erweitert werden. Die Möglichkeiten der Kurzzeitpflege sind auszubauen und flexibler auszugestalten, damit sie besser als Überleitungspflege sowie zur Entlastung von Angehörigen genutzt werden können.

Durch den Ausbau ambulanter Betreuungsangebote (wie z.B. Hauswirtschaftsversorgung, Essen auf Rädern, ambulante Pflege) sollen Menschen, die nur teilweise Hilfe benötigen und deren Angehörige unterstützt werden. Genau diese Möglichkeit wird laut Altenpflegebericht der Stadt zu wenig genutzt, während Bottrop mit in Kürze 1.400 Heimplätzen in der Altenpflege bis 2020 gut ausgestattet ist.



Das erste Hospiz in Bottrop setzt Maßstäbe, zumal es durch Sponsoren und ehrenamtliches Engagement ermöglicht wurde. Um den hier zu erwartenden Mehrbedarf an Plätzen auszugleichen, sprechen wir uns für ambulante Hospizdienste und entsprechende ambulante Angebote der Palliativmedizin und der Palliativpflege für schwer kranke sterbende Menschen aus, d.h. für die Förderung der Sterbebegleitung zuhause durch ein Projekt integrativer Versorgung, bestehend aus Pflegedienst, Hausarzt und ehrenamtlichen Helfern.

5.7 Kultur

Kultur ist für unsere Stadt unentbehrlich. Kultur ist Lebensqualität – sie dient gleichermaßen dem Selbstbewusstsein und der Außenwerbung unserer Stadt. Einsparungen an Leistungen im Bereich der bestehenden Kultureinrichtungen wären daher kurzfristig und sind möglichst zu vermeiden. Kultur ist eine – auch in der Verfassung garantierte – Pflichtaufgabe jeder Kommune, die auch in Zeiten knapper Kassen nicht zur Disposition gestellt werden darf. Wir Liberale sind verlässlicher Partner der Kultur, der Kulturinstitutionen und insbesondere der Kulturvereinigungen und der Kulturschaffenden, die mit bürgerschaftlichem Engagement vor Ort Kultur erlebbar machen. Die freie Kulturszene ist eine große Bereicherung, die der Stadt ein urbanes und weltoffenes Profil gibt und die – verbunden mit der sich weiter entwickelnden Gastronomie-Vielfalt – Einfluss auf die Anziehungskraft Bottrops gewinnt. Auch Bottrops Image als Kultur- und Festivalstadt (Orgel plus, Halldenaufführungen, Ausstellungen im Quadrat) muss zukünftig kreativer und offensiver vermarktet werden.

Die musisch-kulturelle Bildung unserer Kinder sichert nicht nur die Zukunftschancen der jungen Generation, sondern auch die Zukunft von Kunst und Kultur selbst. Kultur vor Ort, auch von und für Jugendliche, ist der Gegenpol zu Gewalt, Verwahrlosung und Perspektivlosigkeit. Attraktive Angebote für Jugendliche verbessern die Zukunftschancen junger Menschen – sie verhindern deren Abwanderung aus Bottrop und schützen vor einer Überalterung der Stadt. Junge Menschen sollen auch vor Ort in eigenen Belangen gehört werden. Durch Bezirksjugendräte, die in den Bezirksvertretungen Rede- und Antragsrecht erhalten, können Beteiligung und Engagement ausgebaut werden.



5.8 Sport in Bottrop

Sportvereine und sportliche Aktivitäten haben für die Stadt eine wichtige Funktion. Neben einer sinnvollen Freizeitgestaltung für Jugendliche wird Integration gefördert. Mit Sorge sehen die Bottroper Liberalen den Rückgang ehrenamtlichen Engagements - hier sehen wir Handlungsbedarf.

Wir wollen, dass die Vereine an den Entscheidungen zum Sport beteiligt sind. Dies gilt z.B. hinsichtlich der Mittelverwendung; etwa, wo Kunstrasenplätze entstehen sollen.

Wir fordern:

- die Belebung der Innenstadt muss zur Chefsache werden
- eine entideologisierte Verkehrspolitik mit einer Gleichbehandlung aller Verkehrsteilnehmer
- einen leistungsfähigen und an die Nachfrage angepassten ÖPNV
- endlich geeignete Maßnahmen gegen den (Ebel-) Stau!
- ein elektronisches Parkleitsystem
- die Sanierung Bottroper Straßen
- eine pragmatische Umweltpolitik mit Augenmaß
- eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Zusammen mit Bürgern, Vereinen und Verbänden, sowie unseren hiesigen Gewerbetreibenden wollen wir unsere Stadt l(i)ebenswerter machen. Unterstützen Sie uns dabei.

Ihre FDP Bottrop

6.1 Prinzipien einer liberalen Politik

Wir trauen Ihnen eine Menge zu!

Politik will uns umsorgen und bemuttern. Sie verspricht, uns alle Probleme, Sorgen und Nöte abzunehmen. Aus diesem Glückseligkeitsversprechen resultiert ein Allzuständigkeitsanspruch, alle Dinge für uns bis ins Kleinste zu regeln. Aus der Überzeugung heraus, besser als wir selbst zu wissen, was gut für uns ist, meinen manche Politiker uns vorschreiben zu dürfen, wie wir zu leben haben.

Warum muss eigentlich die Politik über das Aufstellen von Heizpilzen, Fahren von Motorrollern oder die Nutzung von Glühlampen entscheiden oder ob Sie an bestimmten Tagen Fleisch essen dürfen oder nicht? Warum können wir Ihnen das nicht selbst überlassen?

Wir wollen Ihnen nicht vorschreiben, wie Sie zu leben haben. Wir wollen Sie nicht bevormunden. Wir wollen keine Denkverbote, wie wir sie zunehmend etwa in politischen Debatten erleben. Wir wollen, dass Politik sich aus Ihrem Leben möglichst heraushält. Denn wir trauen Ihnen zu, dass Sie selbst – ohne fremde Anleitung – entscheiden können, was gut für Sie ist.

Eine Maxime der freien Gesellschaft ist die Forderung nach „Privat vor Staat“. Dort wo Wettbewerb und Qualitätssicherung möglich ist, wollen wir der Initiative privater Unternehmen den Vorrang geben vor der ineffizienten Arbeitsweise des Staates.

Aktivierende Sozialpolitik

„Das Ziel des Sozialstaats muss es sein, dass Menschen unabhängig bleiben und weder staatlicher Fürsorge bedürfen, noch staatlicher Bevormundung ausgesetzt sind.“

Es ist richtig und ein Gebot der Humanität, dass die Gesellschaft hilfsbedürftige Menschen materiell unterstützt. Das Ziel jeder staatlichen Unterstützung muss es aber sein, dass die Hilfsempfänger so schnell wie möglich wieder ohne sie auskommen können. Der Sozialstaat hat sich merklich von diesem Anspruch entfernt. Das heutige Wohlfahrtsmodell basiert auf der Prämisse, wonach im Grunde alle Menschen in unterschiedlichem Ausmaß von einem omnipräsenten Staat und seinen Institutionen beraten, betreut und zu einem gesünderen und besseren Lebensstil erzogen, verführt oder gedrängt werden müssen. Gefördert wird Abhängigkeit und Entsolidarisierung statt Unabhängigkeit und gesellschaftliches Miteinander. Deswegen brauchen wir eine neue politische Debatte über Aufgaben und Grenzen des Sozialstaates.

Wir wollen Menschen ermutigen und aktivieren, ihr Leben selbst bestimmt in die Hand zu nehmen und auf eigenen Beinen zu stehen. Hierfür müssen wir die richtigen Rahmenbedingungen schaffen und fördern und fordern.

Wir wollen mehr Freiheit wagen!

6.2 Unsere Kandidaten für Sie

Wir bieten Ihnen mit unseren Kandidaten für die Kommunalwahl am 25. Mai 2014 eine echte Alternative. Unsere Kandidaten stellen einen Querschnitt durch alle Bevölkerungs- und Altersgruppen dar und stehen überwiegend in unterschiedlichsten Funktionen noch fest im Berufsleben. Diese Tatsachen ermöglichen uns eine breit gefächerte Sichtweise auf das Leben in Bottrop und damit auch auf die Probleme unserer Stadt.

Aus vielen Meinungen und Erfahrungen bilden wir unsere politischen Vorstellungen, die wir regelmäßig in unsere Ratsarbeit einfließen lassen.

Kandidaten für den Rat

1. Oliver Mies

(Geschäftsführer)
Jahrgang 1971
verheiratet
3 Kinder

2. Andreas Mersch

(Software-Architekt)
Jahrgang 1977
verheiratet

3. Ruth Becker

(Kauffrau)
Jahrgang 1928

4. Michael Pohar

(Auszubildender)
Jahrgang 1991



5. Franz-Josef Bastians (Elektriker)

6. Marcel Grau

7. Ioannis Giotis

8. Christian Steinmann

9. Jens Friedemann

10. Andreas Nickel

11. Andreas Bucksteeg

12. Klaus Pott

13. Klaus Rastetter

14. Dennis Niewerth

Kandidaten für die Bezirksvertretungen

Bezirk Mitte: Friedhelm Mersch
Bezirk Süd: Franz-Josef Bastians
Bezirk Kirchhellen: Ruth Becker, Oliver Mies



Machen Sie mit!

Wenn auch Sie

- Vorfahrt für Arbeit
- Raus aus den Schulden und
- Leistung statt Einheitsschule

wollen, dann werden Sie aktiv! Überlassen Sie Politik nicht den Andersdenkenden, bringen Sie sich ein und gestalten Sie mit. Unterstützen Sie uns dabei, den Unsinn in der Bildungspolitik abzuwenden und unsere Stadt wieder auf Erfolgskurs zu bringen.

Rufen Sie uns an, besuchen Sie uns in unserer Geschäftsstelle und lernen Sie uns kennen.

Wir freuen uns auf Sie!

Unterstützen Sie uns am 25. Mai 2014 bei der Kommunal- und Europawahl mit Ihrer Stimme.

Ihre Bottroper Liberalen.

Unsere Ziele für Bottrop:

Das braucht Bottrop.

- **Vorfahrt für Arbeit!**
- **Raus aus den Schulden**
- **Erhalt der Realschulen**
- **Realschulausbildung in Kirchhellen**
- **Wettbewerb statt Subventionen**
- **Erhalt aller verkaufsoffenen Sonntage**
- **Fördern und Fordern**
- **Transparenz statt Kungelei**
- **Bürgerbeteiligung statt Bürokratie**

Ihr Kontakt zu uns:

FDP Kreisverband Bottrop
Horster Straße 34b
46236 Bottrop

Telefon: 02041 / 2 33 82
Telefax: 02041 / 7 72 37 60
info@fdp-bottrop.de
www.fdp-bottrop.de

